

# Tag der Pressefreiheit

*Vortrag von Dieter Offenhäuser, Pressesprecher und stellvertretender Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, zum 17. Internationalen Tag der Pressefreiheit an der Macromedia Fachhochschule der Medien, München, 3. Mai 2007*

Der Welttag der Pressefreiheit am 3. Mai ist ein Angebot der UNESCO an diejenigen Journalisten und Medienschaffenden, die ihre Anliegen unter einem universellen Dach vortragen wollen. In Deutschland wird dieser Tag – trotz einiger lokaler Initiativen – noch meist viel zu schamhaft übergangen. Die Ausrufung des Welttags der Pressefreiheit ist aber kein papiernes Dokument, von der UNESCO verabschiedet und sich selbst überlassen. Es ist auch keine Angelegenheit, die nur die UNESCO als Organisation betrifft und bei der sie Hauptakteur wäre. Nein, der Welttag der Pressefreiheit ist ein Angebot der Völkergemeinschaft an alle, die durchaus eigene Interessen in einem Nationen übergreifenden, universellen Rahmen verfolgen wollen. Ich bin seit 15 Jahren Pressesprecher der Deutschen UNESCO-Kommission und seit drei Jahren auch deren stellvertretender Generalsekretär. Ich möchte Ihnen zunächst die UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission kurz vorstellen.

Die UNESCO mit Hauptsitz in Paris ist die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Im Englischen heißt es *United Nations' Educational, Scientific and Cultural Organization*. In der Praxis wird das „C“ im Namen UNESCO zweifach besetzt, zum einen mit *Culture* und zum anderen mit *Communication*.

Die Deutsche UNESCO-Kommission ist - wie zum Beispiel auch das Goethe-Institut oder der DAAD - eine Mittlerorganisation der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Als Mittlerorganisation „vermittelt“ sie zwischen der UNESCO-Zentrale in Paris und der Bundesregierung in Deutschland: Ihr erster Satzungsauftrag lautet, „die Bundesregierung in allen die UNESCO betreffenden Fragen zu beraten.“ Dabei muss man sich im Alltagsgeschäft unter der Bundesregierung hauptsächlich das Auswärtige Amt vorstellen, da dieses für alle UNESCO-Fragen das federführende Ministerium ist. Es bestehen unsererseits aber auch Kontakte zu allen anderen Ministerien auf Bundes- und Länderebene, die mit Bildung, Wissenschaft, Kultur oder Kommunikation befasst sind, natürlich auch zur Kultusministerkonferenz.

Wir „vermitteln“ aber auch zwischen der Bundesregierung und der so genannten Zivilgesellschaft. Die UNESCO ist seit ihrer Gründung eine Organisation, die stets großen Wert auf die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Fachverbänden, Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft gelegt hat, ja auf diese in ihrer Arbeit angewiesen ist. Dies ergibt sich allein schon durch die Natur der Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Internationale Bildungs- und Wissenschaftspolitik sind nur mit Universitäten, Schulen und anderen Bildungsinstitutionen, mit Professoren, Lehrern, Studenten, Schülern und deren Verbänden denkbar. Medienpolitik erfordert die Zusammenarbeit mit Journalisten, Verlegern und anderen Medienschaffenden. Der Kulturbereich wird nur durch ein Zusammenspiel von Regierungsstellen, Kulturschaffenden und Künstlern ausreichend beleuchtet.

Die Deutsche UNESCO-Kommission hat ihrem Auftrag gemäß 100 Mitglieder, 16 Regierungsvertreter und 84 Vertreter der Zivilgesellschaft. Die Mitglieder im Medienbereich stammen zum Beispiel aus dem Deutschen Journalistenverband, dem Bundesverband der deutschen Zeitungsverleger, dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien, dem Adolf-Grimme-Institut und derzeit dem ZDF (ARD und ZDF wechseln sich in einem zweijährigen Rhythmus in der Mitgliedschaft ab). Diese Mitglieder bringen den medienpolitischen Sachverstand in die Kommission ein.

Aus internationaler Perspektive gesehen, ist die Deutsche UNESCO-Kommission eine von derzeit 193 nationalen UNESCO-Kommissionen weltweit. Diese Nationalkommissionen sind nicht direkt der UNESCO unterstellt, sondern sind von ihr unabhängig. Je nach den Gepflogenheiten des Landes, in dem sie sich befinden, haben sie einen unterschiedlichen rechtlichen und organisatorischen Status. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat den rechtlichen Status eines Vereins und wird vom Auswärtigen Amt institutionell gefördert, wodurch die intendierte Regierungsunabhängigkeit zumindest unter finanziellen Aspekten eine nur relative ist, was aber wiederum nicht ausschließt, dass wir trotz finanzieller Abhängigkeiten ein ausgezeichnetes Arbeitsverhältnis zum Auswärtigen Amt haben.

Innerhalb dieses Dreiergeflechts aus internationaler Organisation, Bundesregierung und Zivilgesellschaft achten wir auf die Wahrung unserer eigenen Identität, was uns in vielen Bereichen auch bravourös gelingt. Soweit zur vielleicht für manchen etwas komplizierten Konstruktion der UNESCO und der „DUK“, die man kennen sollte, um zu verstehen, welchen Stellenwert ein Tag wie der 3. Mai innerhalb einer solchen Organisation hat und wie sie hier arbeitet.

Der 3. Mai wird weltweit mit einer zentralen Veranstaltung, in diesem Jahr in Medellín, Kolumbien, begangen. Er steht unter zwei Schwerpunktthemen: Zum einen „Safety of Journalists“ und zum anderen „Impunity“ – Straffreiheit, und zwar Straffreiheit von Tätern, die Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ermordet haben.

2006 war ein Jahr trauriger Rekorde: insgesamt sind über 150 Journalisten in Ausübung ihres Berufes weltweit getötet worden, 69 alleine im Irak, aber auch in anderen Konfliktregionen wie in Afghanistan oder Sri Lanka. Auch in Ländern wie Mexiko, auf den Philippinen, in Russland sowie den ehemaligen GUS-Staaten ist der Beruf des Journalisten ein sehr gefährlicher. Laut Angaben des Committee to protect journalists sind 1992 bis Oktober 2006 580 (eine andere Zahl lautet: 1100) Journalisten gewaltsam ums Leben gekommen. 71,4 Prozent davon wurden ermordet, 18,4 Prozent starben im Kreuzfeuer und 10 Prozent wurden unter anderen gefährlichen Umständen getötet. Es waren erstaunlicherweise nicht etwa wagemutige Auslandskorrespondenten, sondern zu 85 Prozent Lokaljournalisten, Menschen, Kolleginnen und Kollegen aus den Gegenden, aus den bekannten Milieus, in denen diese kriminelle Energie entsteht und sich entlädt. Opfer waren meistens Zeitungsreporter, die über politische Themen und über Korruption geschrieben haben.

Der Grund, warum das Thema *Impunity* in diesem Jahr zu einem Hauptthema wurde, ist der Skandal, dass 85 Prozent der Taten unaufgeklärt blieben und nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Nur 7 Prozent der Täter wurden verurteilt. Das ist skandalös! Diese Zahlen sagen aber auch etwas aus über die Bereiche oder Areale, in denen man recherchieren müsste, um herauszubekommen, wer die Verantwortlichen für die Morde sind.

Die UNESCO beobachtet dieses Phänomen schon sehr lange. 1997 hat sie eine Resolution verfasst zum Thema *Condemnation of violence against Journalists*. Sicherlich sollte man an eine Resolution nicht zu viele Erwartungen knüpfen, da eine Resolution keine völkerrechtlich verbindliche Funktion hat. Dennoch können derartige Texte eine große moralische Wirkung entfalten. Nehmen Sie nur als bekanntestes Beispiel die Erklärung der Menschenrechte.

Es vergeht leider kaum ein Tag, an dem der UNESCO-Generaldirektor Koïchiro Matsuura nicht ein weiteres Opfer unter Journalisten beklagt. Er gibt dann eine Pressemitteilung heraus, die dann allerdings nicht immer von der internationalen Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Dennoch geht von einer solchen Öffentlichkeit immer ein gewisser Druck auf die jeweiligen Regierungen aus. Das geschieht häufig auch hinter den Kulissen und ist selten eine Schlagzeile wert. Ich erinnere mich an Vorgänge in den letzten Jahren, in denen mit der

laotischen Regierung hinter verschlossenen Türen über die noch immer in Arbeits- und Straflagern festgehaltenen Journalisten und Intellektuellen verhandelt wurde. Die Regierung war nicht bereit, irgend etwas zu unternehmen. In diesem Zusammenhang geschah es dann zum ersten Mal, dass der Generaldirektor mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit getreten ist und dieses Verhalten von Laos namentlich angeklagt hat.

Aber nicht nur vermeintlich schwache Länder wie Laos kann es treffen. Auch Länder wie China oder Russland stehen hier im Scheinwerferlicht der UNESCO. Das Bewusstsein in der UNESCO über die Rolle und die Wichtigkeit von Pressefreiheit steht felsenfest. Ich zitiere Matsuura: "Every aggression against a journalist is an attack on our most fundamental freedoms; I call on all governments and public authorities to end the pervasive culture of impunity that surrounds violence against journalists." Das ist unsere Grundhaltung. Aber was kann eine Organisation wie die UNESCO tun?

Die UNESCO vergibt jährlich den *Guillermo Cano World Press Freedom Prize*, kurz: den Weltpreis für Pressefreiheit, benannt nach dem kolumbianischen Journalisten Guillermo Cano, der selbst Opfer eines politisch motivierten Mordes wurde. In diesem Jahr ist der Preis - erstmalig postum - an die russische Journalistin Anna Politkowskaja verliehen worden.

Der Preis wird seit 1997 vergeben und ist mit 25.000 Dollar dotiert. Er hat in der Vergangenheit schon einige politische Wirkung entfaltet: 1997 wurde er der Chinesin Gao Yu verliehen, 1998 der Nigerianerin Christina Anyanwu und 2004 dem Kubaner Raúl Rivero. Alle Preisträger wurden nach Verleihung des UNESCO-Presepreises aus der Haft, in der sie sich zur Zeit der Ehrung befanden, entlassen.

Der Preis wird jährlich verliehen. Seine Verleihung ist auch ein oft willkommener Anlass, über den Stand von Demokratie und Pressefreiheit weltweit zu berichten. Pressefreiheit ist das Barometer für Demokratie. Das kann man auf unserem Globus mit meteorologischer Genauigkeit beobachten.

Warum befasst sich die UNESCO mit Medien und Pressefreiheit? Als Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation ist sie die Organisation mit dem breitesten Kompetenzspektrum. Sie hat 193 Mitgliedsstaaten und ist ein Kind des Zweiten Weltkrieges. Man hat damals festgestellt, dass ein Friede, der nur auf Verträgen zwischen Regierungen beruht, nicht nachhaltig ist. Daraus erwuchs die Erkenntnis, dass es notwendig ist, die Völker, „the peoples“, einander näher zu bringen. Das ist die

Aufgabe der UNESCO. Die Zusammenarbeit der Menschen - unabhängig von Nation, Hautfarbe, Sprache, Religion, Geschlecht - in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation soll zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden beitragen. Daraus entstand auch der Anspruch, sich in die Zivilgesellschaft hinein zu streuen.

Die UNESCO ist zwar eine zwischenstaatliche Organisation, eine Organisation, in der Regierungen zusammenarbeiten. Sie verfügt jedoch gleichzeitig über sehr viele Netzwerke, die weit in die Gesellschaft hineinreichen: 7000 UNESCO-Projektschulen weltweit, 6000 bis 7000 UNESCO-Clubs mit unzähligen ehrenamtlich arbeitenden Menschen, die sich für die Ziele der UNESCO über den ganzen Globus hinweg einsetzen, ein Netzwerk von über 850 Welterbestätten, von über 500 UNESCO-Lehrstühlen. Sie ist sehr auf die Unterstützung und auf die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, mit Fachverbänden und Berufsverbänden angewiesen.

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geiste der Menschen verankert werden.“ – so lautet die Mission der UNESCO. Dazu ein Zitat: „Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Frieden muss, wenn er nicht scheitern soll, in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschen verankert werden und das soll geschehen durch die Zusammenarbeit zwischen den Völkern, um in der ganzen Welt die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken, die den Völkern der Welt ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion durch die Charta der Vereinten Nationen bestätigt worden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die UNESCO in allen Massenmedien bei der Förderung der Verständigung und der gegenseitigen Kenntnis der Völker mitwirken und internationale Vereinbarungen empfehlen, die den freien Austausch von Ideen durch Wort und Bild erleichtern.“

Die Verbindung zu Medien war also schon 1948 in der Verfassung der UNESCO angelegt. Allerdings hatte man noch zum Teil heute etwas pathetisch und naiv wirkende Vorstellungen - Fernsehen zum Beispiel als reines Instrument der *education* und der Friedenserziehung. Das sehen wir heute etwas differenzierter.

1991 – also kurz nach dem Zusammenbruch der Blöcke und dem Ende des kalten Kriegs - fand in Windhoek, Namibia, ein Seminar, organisiert von UNO und UNESCO, zu Demokratie und Medienfreiheit statt. Diesem ersten Seminar sind fünf weitere gefolgt, ein

Seminar in jeder Weltregion. Das Seminar in Windhoek hat Geschichte gemacht. Es stellte erstmals offiziell fest, dass eine unabhängige, pluralistische und freie Presse wesentlich für die Entwicklung und den Bestand von Demokratie und ökonomischer Entwicklung ist. Man legte Kriterien für eine unabhängige Presse fest, forderte Verfassungsgarantien für Presse- und Versammlungsfreiheit und betonte die Wichtigkeit unabhängiger Verlegerverbände und Journalistengewerkschaften für die Gründung unabhängiger, internationaler Medien. Der Tag der Verabschiedung dieser *Windhoek Declaration* am 3. Mai wurde auf der Generalkonferenz der UNESCO schließlich offiziell zum Internationalen Tag der Pressefreiheit bestimmt und von der UN-Generalversammlung anschließend als Welttag bestätigt.

Es war nicht zufällig, dass dieses Seminar in Afrika stattfand. Gerade in Afrika gab es damals große Hoffnungen auf Demokratisierung, begleitet von einem Aufblühen der Medienlandschaften in vielen Ländern. Man kann auch heute am Beispiel Afrika feststellen, dass in Ländern mit garantierter Pressefreiheit wie beispielsweise Namibia oder auch Mali am ehesten von demokratischen Verhältnissen gesprochen werden kann.

Der lange Prozess der Herausbildung von Öffentlichkeit im Zuge der Aufklärung ist die Luft, von der wir hier in Europa leben, ist die Luft, von der unsere freiheitlichen Demokratien leben. Ohne Massenmedien können sich Menschen keine Meinung bilden, bekommen keine Informationen und können leicht beeinflusst werden. Ohne eine lebendige, kontroverse, freie und pluralistische Öffentlichkeit ist ein Kreuz auf einem Stimmzettel nichts als die wenigen Dollar wert, die für die richtige Platzierung bezahlt wurden. Demokratie ohne Medienfreiheit, ohne pluralistische und unabhängige Medien, ohne Journalisten gibt es meines Erachtens nicht.

Wir vergessen leicht, welch kostbares Gut diese Zeitung ist, die wir jeden Morgen zum Frühstück konsumieren. Als ich vor einigen Jahren in Kuba war, gab es dort zwei Zeitungen, das Parteiorgan *Granma* und den *UNESCO-Kurier*. Die Menschen dort sind abgekoppelt vom Rest der Welt. Es besteht ein eingeschränktes Weltbild und die Menschen wissen nicht, was im Rest der Welt geschieht. Das gilt nicht nur für Kuba, sondern auch für Burma, für Laos, für viele afrikanische Länder.

Die Politik der UNESCO besteht darin, unabhängige und freie Medienlandschaften zu fördern. Eines ihrer Programme heißt *International Programme for the Development of Communication*. Es verfügt über ein Gremium innerhalb der UNESCO - den IPDC-Rat - mit 35 Mitgliedern, in dem sich Empfänger- und Geberländer gegenüber sitzen. Die

Empfängerländer schlagen Projekte vor, und die Geberländer entscheiden darüber, ob diese teils spärlichen Gelder für ein bestimmtes Projekt eingesetzt werden. Es geht dabei zum Teil um nahezu lächerliche Beträge. Aber schon mit 10.000 Dollar kann man in Afrika zum Beispiel eine Radiostation einrichten. Auf diese Weise hat die UNESCO mittlerweile über 1000 Projekte in 139 Ländern für „nur“ 90 Millionen Dollar gefördert. Das ist wenig Geld, aber es hat viel bewirkt.

Leider ist aber Medienförderungspolitik im Unterschied zu den 70er oder 80er Jahren keine entwicklungspolitische Priorität mehr im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik. Medienförderung als Demokratieförderung in Entwicklungsländern findet bei uns kaum mehr statt, was ich sehr schade finde. Auch die Stiftungen haben sich zunehmend aus der internationalen Medienförderung zurückgezogen. Damit haben sie einen sehr wichtigen Flügel beschnitten, den man wirklich braucht, wenn man weltweit demokratische Strukturen fördern will.

Die UNESCO arbeitet neben der Medienförderung im Rahmen des IPDC auch im Bereich der Beratung von Ländern bei der Mediengesetzgebung. Beispiele sind die Kapverdischen Inseln, der Kongo, der Irak, Indonesien, Kosovo, Afghanistan und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Wie arbeitet die UNESCO im Medienbereich? Auch hier braucht sie Partner: Nichtregierungsorganisationen und Fachverbände wie Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, Index on Censorship, World Press Freedom Committee oder P.E.N..

Ich komme zum Schluss. Einer meiner Lieblingsgedanken stammt von Niklas Luhmann und er lautet sinngemäß: „Alles, was wir über die Gesellschaft und die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch Journalisten.“ Journalisten sind Realitätsvermittler, aber auch Wichtigkeitsfilter und Wahrheitswächter. Sie haben eine große Verantwortung.

Es gibt in der sich wandelnden Medienlandschaft neue Phänomene, die nicht unbedingt in die heute angesprochenen Raster passen. Daraus entstehen ganz neue Herausforderungen. Ein solches Phänomen beobachte ich auch bei meiner täglichen Pressearbeit. Es ist die zunehmende so genannte „Regression der Medien“. Der sehr komplizierte Beruf des Journalisten mit den vielen sorgfältig erworbenen Fähigkeiten kommt oft nicht mehr hinreichend zum Zuge. Information wird mit Unterhaltung vermischt, Journalismus mit Public Relations und wirtschaftlichen Interessen, die Qualitätsstandards sinken. Herr Prantl

sagte dazu am 24. Februar 2007 in der *Süddeutschen Zeitung*, und dem schließe ich mich an:  
„Es besteht wie noch nie seit 1945 die Gefahr, dass der deutsche Journalismus verflacht und verdummt, weil der Renditedruck steigt. Weil an die Stelle von sach- und fachkundigen Journalisten Produktionsassistenten für Multimedia gesetzt werden, wieselflinke Generalisten, die von allem wenig und von nichts richtig etwas verstehen. Aus dem Beruf, der heute Journalist heißt, wird dann ein multifunktionaler Verfüller von Zeitungs- und Webseiten.“ Ich wünsche Ihnen interessante und spannende Debatten heute.